

ARBEITSMARKT

"Mir gab das zu denken"

Die Kolumne von Peer Steinbrück: Die Spaltung des Arbeitsmarktes gefährdet die soziale und demokratische Stabilität.

VON Peer Steinbrück | 26. Mai 2011 - 08:00 Uhr



VW-Mitarbeiter demonstrieren im Februar in Emden am bundesweiten Aktionstag gegen Leiharbeit, zu dem mehrere Gewerkschaften aufgerufen hatten.

Für Konservative ist schwer zu verstehen, dass manches verändert werden muss, wenn vieles von dem erhalten werden soll, was sich bewährt hat und einer Gesellschaft im Wandel Halt gibt. Radikalliberale mit einem Hang zur Diskreditierung staatlicher Aktivitäten fremdeln mit der Logik, dass erst ein handlungsfähiger Staat über öffentliche Leistungen und Regelsetzungen die Grundlagen schafft, auf denen sich einzelwirtschaftliche Interessen ohne selbstzerstörerische Tendenz entfalten können. Ihnen leuchtet auch nur schwerlich ein, dass Freiheit ohne sozialen Ausgleich und intakte staatliche Institutionen gefährdet ist, weil die Zügellosigkeit einiger die Freiheit vieler einschränkt und eine krasse Wettbewerbsgesellschaft ihre Verlierer auf die Barrikaden treiben kann. Sozialdemokraten wiederum vergessen gelegentlich, dass erst erwirtschaftet werden muss, was anschließend verteilt werden kann. Und einigen wohlhabenden Anhängern der Ökologiebewegung leuchtet es nur schwerlich ein, dass erfolgreicher Umwelt- und Klimaschutz technologisches Know-how und industrielle Kapazitäten voraussetzt.

Politische Fähigkeit beweist sich einerseits darin, solche Einsichten zusammenzuführen. Sie bestätigt sich andererseits in der Erkenntnis, dass jede Übertreibung und erst recht jeder Exzess die Stabilität einer politischen und wirtschaftlichen Ordnung wie der parlamentarischen Demokratie und sozialen Marktwirtschaft ins Wanken bringen kann.

So unterminiert Staatsversessenheit zwar die Eigenverantwortung und Eigeninitiative. Umgekehrt bedroht aber Staatsvergessenheit das öffentliche Wohl und versperrt der schwächeren Bürgerschaft den Zugang zu Teilhabe und Teilnahme. Asymmetrien in der Einkommens- und Vermögensverteilung werfen nicht nur Gerechtigkeitsfragen auf, sondern spalten unsere Gesellschaft mit der Folge, dass ein Teil sich deklassiert sieht und sich in seiner Unzufriedenheit politisch, kulturell und lebensweltlich abkapselt. Eine solche soziale Desintegration öffnet Türen für Fliehkräfte und Ressentiments, die genau die Basis bedrohen, auf der die Bewohner der oberen Etagen der Gesellschaft sitzen – und von wo aus sie ihren sozialen Status und materiellen Wohlstand oft sehr selbstbezogen als ebenso dauerhaft wie normal unterstellen.

PEER STEINBRÜCK - ZUR SACHE

SPD-Mann aus Norddeutschland, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, Finanzminister der Großen Koalition, ihr Bankenretter und Krisenkämpfer, zuletzt Buchautor und Kommentator: Peer Steinbrück hat sich nicht nur als Parteipolitiker einen Namen gemacht, sondern auch als Experte für klare Worte. Als Sprachrohr des gesunden Menschenverstandes, wo andere im Politsprech erstarren. Einmal im Monat kommentiert er nun in der ZEIT unter dem Titel »Steinbrück – Zur Sache« die ökonomischen Zeitläufte

Die Drift in der Einkommens- und Vermögensverteilung ist offensichtlich. Sie steht im Zusammenhang mit einer Zellteilung unserer Gesellschaft auf dem Arbeitsmarkt. Die Erosion des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses – gemeinhin eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung, die in die sozialen Sicherungssysteme integriert ist – und damit die Spaltung des Arbeitsmarktes hat besorgniserregend zugenommen. Die Zahl der »atypisch« Beschäftigten – etwa Leiharbeiter, Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte – ist von 1999 bis 2009 um 1,8 Millionen auf 7,6 Millionen Personen gewachsen. Damit ist ihr Anteil an der gesamten Arbeitnehmerschaft von 19,7 auf 24,8 Prozent gestiegen. Jeder vierte Arbeitnehmer ist demnach »atypisch« beschäftigt und einer höchst unsicheren Perspektive für seinen Broterwerb oder die Versorgung seiner Familie ausgesetzt. Bei Arbeitnehmern mit geringen Qualifikationen beträgt der Anteil »atypisch« Beschäftigter sogar über 40 Prozent.

Der nach Kaufkraft gerechnete Lohn von Geringqualifizierten entspricht dem Niveau des Jahres 1985. Sie haben im Gegensatz zu den oberen und insbesondere obersten Einkommenschichten keinen Anteil an der Wohlstandsentwicklung gehabt. Das gilt für sage und schreibe fünf Millionen Bürger in Deutschland. 75 Prozent der Leiharbeitnehmer arbeiten für einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Selbst Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Normalarbeitsverhältnis haben in den vergangenen zehn Jahren kaum oder gar keine Reallohnzuwächse verzeichnet, was sich logischerweise negativ auf ihre Kaufkraft und damit die Inlandsnachfrage in Deutschland ausgewirkt hat. Dementsprechend sank die Lohnquote – der Anteil von Löhnen und Gehältern an der jährlichen Wirtschaftsleistung – im ersten Jahrzehnt auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, während die Quote aus Gewinnen und Kapitaleinkünften auf ein Rekordniveau kletterte.

Gewinne sind hochwillkommen. Worum es hier geht, sind Verteilungseffekte und Risse in der Gesellschaft, weil vom Wohlstandskuchen auf den Tellern weiter Teile der Bevölkerung allenfalls Krümel landen. Der unterste Teil der Gesellschaft sieht sich als Prekariat gar von jedwedem Wohlstandszuwachs abgekoppelt. Der Einwand, dafür sei doch das Steuersystem verantwortlich, stimmt nicht, weil die unteren Zehntel in der Einkommenspyramide gar keine oder kaum Steuern zahlen – wohl aber Sozialversicherungsabgaben.

Die »Geringbeschäftigten« dieses Prekariats sind – abgesehen von ihren geringen Chancen auf eine betrieblich-berufliche Weiterbildung – einer Lohndiskriminierung ausgesetzt, die vom großen Kollektiv der Steuerzahler durch aufstockende Beträge aus dem Staatshaushalt gemildert wird. Die Zahl dieser »Aufstocker« ist in den Jahren 2005 bis 2009 um fast 400.000 auf insgesamt 1,3 Millionen Personen gestiegen. Darunter befinden sich sogar rund 390.000 Männer und Frauen, die zwar einen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjob haben – aber eben keinen existenzsichernden Lohn. Für diesen Skandal zahlt die öffentliche Hand – also das Kollektiv der Steuerzahler, die sich ansonsten über den »Mittelstandsbauch« erregen – bisher klaglos rund 10 Milliarden Euro jährlich.

Weit mehr Aufmerksamkeit verdienen die Probleme der jungen Berufseinsteiger – der »Generation Praktikum«. 43 Prozent der jungen Menschen in Deutschland gelingt der Berufseinstieg erst auf dem Umweg über ein »atypisches« Beschäftigungsverhältnis wie etwa ein (überwiegend unbezahltes) Praktikum. Jeder Vierte im Alter von 18 bis 24 Jahren war oder ist ein Praktikant. Wie geht Deutschland – zumal vor dem Hintergrund seiner demografischen Entwicklung – mit seinem Nachwuchs um? Welche sozialpsychologischen Folgen hat es, wenn die junge Generation feststellt, dass die angebliche »Brückenfunktion« eines Praktikums in den meisten Fällen nichts anderes ist als eine Seilbrücke im Dschungel?

Natürlich ist diese »Brückenfunktion« zum ersten Arbeitsmarkt nicht ganz von der Hand zu weisen. Auch mag Leiharbeit den Lebensentwürfen einiger Arbeitnehmer entsprechen und zur Bewältigung von zeitlich begrenzten Spitzenlasten sinnvoll sein. Aber mir kommt es auf den sozialen Sprengstoff an, der sich aus einer fortlaufenden Spaltung des Arbeitsmarktes und einer Prekarisierung von Millionen Bürgern ansammelt. Individuelle Hoffnungslosigkeit und Ausgrenzung münden in Resignation, aber auch in Verachtung gegenüber der Politik und staatlichen Institutionen. Sollte diese einen politischen Resonanzboden und organisatorische Ausdrucksform finden, könnte sie den Zustand unseres Landes durchaus verändern. Das sollten wir uns in den besseren Etagen unseres Gesellschaftsgebäudes stärker bewusst machen.

Jede Übertreibung und jede krasse Benachteiligung provoziert einen gegenläufigen Pendelausschlag. Der ist aber dem Zusammenhalt der Gesellschaft, dem Fairnessgebot und der Motivation zur Leistung gemeinhin nicht weniger abträglich. Diese politische Dialektik wird vielerorts nicht verstanden. Ihrer Schule folgend, sollten wir aber zukünftig stärker

die Debatte über größere Chancengerechtigkeit im Bildungssystem, einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Begrenzung der Leiharbeit an der Gesamtbeschäftigtenzahl eines Unternehmens führen. Eben über die gleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeiten und von Frauen und Männern, die Förderung junger Berufsanfänger, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie nicht zuletzt über die Risiken einer uferlosen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Kürzlich sagte mir ein Betriebsrat, dass sich die Gesellschaft mit der Zunahme prekärer Beschäftigung in Deutschland entdemokratisieren könnte. Das gab zu denken.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/22/Steinbrueck-Arbeitsmarktes>